

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	59. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	18. März 2014, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

26.

Punkt 25 der Tagesordnung: Transparente Vergabe städtischer Landwirtschaftsflächen

Antrag der Stadträtinnen Bettina Lisbach und Dr. Ute Leidig, der Stadträte Johannes Honné und Manfred Schubnell (GRÜNE) sowie der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom 14. Februar 2014

Vorlage: 2014/0419

Beschluss:

Zustimmende Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 25 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Stadträtin Lisbach (GRÜNE): Das Thema dieses Antrags ist vielleicht keines, das den Gedanken an Wahlkampf nahelegt. Insofern können wir es relativ kurz machen. In der Sache ist es uns aber doch wichtig.

Die Stadt hat über 760 ha an landwirtschaftlicher Fläche, die sie verpachtet. Das ergab sich aus einer Anfrage, die wir vor wenigen Monaten gestellt haben. Diese Größenordnung rechtfertigt, dass man sich auch einmal mit der Frage der Vergabe beschäftigt. Denn für manche Landwirte ist es durchaus auch existenziell, ob sie von der Stadt Flächen bekommen oder nicht zum Zuge kommen. Es haben sich in der Vergangenheit schon mehrfach Landwirte an uns gewandt, die sich ungerecht behandelt fühlten, die nicht zum Zuge kamen und wissen wollten, warum. Unsere Nachfragen bei der Verwaltung haben relativ klar ergeben, dass das immer Einzelfallbetrachtungen sind, die schwer objektivierbar und für die Betroffenen und uns als Außenstehende schwer nachvollziehbar sind.

Uns ist wichtig, dass dieser Prozess in irgendeiner Form transparent gestaltet wird und für alle nachvollziehbar ist. Natürlich spielt eine wichtige Rolle, dass die Existenzsicherung von Betrieben möglichst gewährleistet wird. Uns ist aber auch wichtig, dass nach Möglichkeiten gesucht wird, den ökologischen Landbau auf den städtischen Flächen

gezielt zu fördern, dass eher Landwirte zum Zuge kommen, die eine Bereitschaft haben, mit dem Naturschutz zu kooperieren. Wobei klar ist, wenn sie Naturschutzmaßnahmen durchführen, dass das natürlich in Lohnarbeit passieren soll. Das ist gar keine Frage.

Die Stadt sollte sich mit dieser Thematik befassen und uns dazu ein Konzept vorlegen. Jetzt entnehme ich der Antwort der Verwaltung, dass da schon etwas in Arbeit ist. Das freut uns. Wir hoffen, das geht auch in die Richtung, die wir uns vorstellen. Wir warten ab, wie die Ausschussberatung läuft. Grundsätzlich sind wir aber mit dem, was hier steht, erst einmal einverstanden.

(Beifall bei den Grünen)

Der Vorsitzende: Es steht ausdrücklich drin, dass die Naturschutzverbände beteiligt sind. Insofern gehe ich schon davon aus, dass diese Themen dann auch entsprechend angesprochen werden.

Stadträtin Müllerschön (SPD): Auch die SPD-Fraktion vertritt die Meinung, dass die Vergabe städtischer landwirtschaftlicher Flächen transparent, offen und nachvollziehbar erfolgen soll. Insofern freuen wir uns natürlich auf den Abstimmungsprozess, der zurzeit über das Liegenschaftsamt läuft.

In erster Linie geht es schließlich darum, dass man die Existenz der landwirtschaftlichen Betriebe in unserer Stadt sichert. Wir wissen aber auch, dass die Landwirtschaftsflächen in dieser Stadt begrenzt sind und stetig abnehmen. Insofern müssen sich die Vergabekriterien auch an gewissen Parametern orientieren. Ich möchte jetzt nur die wichtigsten herausgreifen, in Anbetracht der späten Stunde.

Es ist Fakt, dass die Landwirte immer wieder Bewirtschaftungsflächen verlieren. Das geschieht z. B. durch Kompensationsmaßnahmen. Das geschieht durch die Ausweisung von Gewerbeflächen oder Baugebieten. In diesem Fall benötigen die Landwirte natürlich Ersatzflächen, wenn sie bereit stehen. Sie sollten dann zumindest auch bevorzugt behandelt werden, insbesondere auch dann, wenn es angrenzende Flächen sind, die sie bereits bewirtschaften. Bei den mehr und mehr begrenzten städtischen Landwirtschaftsflächen sollten nach Möglichkeit ortsansässige Landwirte bei den Verpachtungen zum Zug kommen, denn moderne landwirtschaftliche Betriebe haben nun einmal einen großen Flächenbedarf, wenn sie am Markt bestehen wollen.

Ein weiteres Kriterium sollte die Bevorzugung von Vollerwerbslandwirten gegenüber Nebenerwerbslandwirten sein, denn erstere müssen in Gänze davon leben.

Diese grundlegenden Fakten müssen bei den Vergabekriterien verankert sein, um die landwirtschaftlichen Betriebe hier in der Stadt auch lebensfähig zu erhalten. Die Grünen fordern außerdem bei der Vergabe praktisch die gezielte Förderung der biologischen Bewirtschaftung. Ich denke, das ist ein Prozess. Diese Umstellung kann nicht von heute auf morgen erfolgen. Meines Wissens ist die Bewirtschaftung bisher noch Sache des Pächters und im Übrigen auch abhängig von dem Bewirtschaftungskonzept, das der jeweilige Pächter durchführt.

Zudem fordern die Grünen Naturschutzmaßnahmen. Ich denke, die können nicht in der Gesamtheit in die Vergabekriterien aufgenommen werden. Es ist so, dass die Landwirte bereits viele Naturschutzmaßnahmen durchführen, einerseits durch Vorgaben der EU, aber auch in Abstimmung mit dem Liegenschaftsamt und dem Umweltamt. Andererseits ist es natürlich auch so, dass, wenn sie diese gesamten Maßnahmen durchführen, nochmals ein erhöhter Flächenverlust damit verbunden ist. Diese ganzen Maßnahmen durchzuführen, ist natürlich für die Landwirte auch ein Mehraufwand. Da stellt sich auch die Frage, wer zahlt denn diesen Mehraufwand. Ich denke, zeitgemäße Landwirtschaft muss leistungsorientiert und umweltfreundlich arbeiten, um in der Marktwirtschaft bestehen zu können. Darauf müssen diese Vergabekriterien auch achten.

(Beifall bei der SPD)

Stadträtin Haller (CDU): Diese Ausarbeitung der Verwaltung finden meine Fraktion und ich sehr hoffungsbringend. Es ist gut, wenn man das in den Ausschüssen noch einmal bearbeitet, wenn die Vorarbeit zu Ende geleistet ist. In Anbetracht der Stunde sollten wir uns alle darauf einigen.

(Beifall bei der CDU)

Stadtrat Jooß (FDP): Ich kann mich meiner Vorrednerin, Ute Müllerschön, als ausgewiesene Fachfrau anschließen. Ich denke, sie hat das hervorragend präsentiert.

Zum Punkt 1, Transparenz: Transparenz muss gewährleistet sein. Hier müssen entscheidende Regelungen gefunden werden.

Punkt 2, Vergabekriterium: Das muss sich an der Wirtschaftlichkeit der Betriebe ausrichten. Es muss die Balance zwischen Groß- und Kleinbetrieben gefunden werden.

Zum Punkt 3: Das sehen wir sehr kritisch. Es kann nicht sein, dass nur biologische Anbauer zum Zuge kommen. Die Stadt erklärt richtig: "Zu klären ist, wie weit die Stadt unter Berücksichtigung des Gleichbehandlungsgrundsatzes Einfluss auf die Bewirtschaftung nehmen kann." Ich denke, da kann es nicht nur Biobauern geben, sondern die anderen haben genauso ihre Berechtigung.

Punkt 4, Bereitschaft zur Durchführung von Naturschutzmaßnahmen: Ich sehe eine große Chance für die kleineren Betriebe, oder die, die es in Lohnarbeit machen können.

Ansonsten sind wir froh, wenn das in den entsprechenden Ausschüssen behandelt und konkretisiert wird.

(Beifall bei der FDP)

Der Vorsitzende: Sie wären damit einverstanden, dass wir das zu gegebener Zeit im Ausschuss behandeln, wenn wir Ergebnisse vorlegen können.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
16. April 2014